

Rede zum Neujahrsempfang 2012 des SPD-ÖV Emsdetten



Lieber Harald, vielen Dank für die Einladung zu diesem beeindruckenden Neujahrsempfang.

Ein neues Jahr beginnt für die meisten Menschen mit Vorsätzen.

Ich begrüße ganz herzlich bei diesem Neujahrsempfang alle Menschen mit Vorsätzen.

Also alle, die sich für mehr Fitness entschieden haben und sich bei Kursen wie „Gesundheitsbewegung“ angemeldet haben.

All diejenigen, die ab sofort nicht mehr rauchen. Natürlich alle, die in diesem Jahr zehn Kilo abnehmen wollen – mindestens.

Nicht zu vergessen: alle, die in diesem Jahr nur freundlich sein wollen, alle, die sich noch mehr für ihre Mitmenschen engagieren.

Und zum Schluss natürlich auch all diejenigen, die die Vorsätze schon aufgegeben und alle die endlich einmal keinen Vorsatz gefasst haben.

Habe ich jemanden vergessen?

Ich glaube nein. Auch die schon namentlich erwähnten Ehrengäste finden sich bestimmt in einer der Gruppen wieder.

Ich selbst gehöre zu denen mit Vorsätzen und Wünschen.

Ich habe mir vorgenommen ganz konsequent auf die abendlichen, stets nach gleichem Muster gestrickten Weltuntergangstalkshows im deutschen Fernsehen zu verzichten. Nie mehr eineinhalb Stunden das Ritual künstlicher Erregung bei Maischberger und Anne Will über „Bänker machen uns fertig“, „Wer schützt die Jungen vor den Alten?“, „Europa am Ende“, besonders wenn dort Lafontaine, Wagenknecht, Olaf Henkel oder Dirk Niebel in den Sesseln hocken.

Aber auch Plasberg wird nicht eingeschaltet. Ich errege mich jedes Mal über seine Einleitung: „Wenn Politik auf Wirklichkeit trifft.“ Der bewussten Bestätigung des Vorurteils, Politiker kennen die Lebensrealität der Menschen nicht.

Herr Bürgermeister Moenikes, sie haben jeden Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr mehr mit den Alltagsorgen der Menschen, ihren Problemen und Ängsten zu tun als ein Moderator. Ärgert sie das nicht auch?

Mein Ärger mischt sich mit Wünschen.

Ich wünsche mir, dass die obersten Repräsentanten unseres Landes folgendem wirklich gerecht werden:

„Wir müssen das, was wir denken, auch sagen. Wir müssen das, was wir sagen, auch tun. Und wir müssen das, was wir tun, dann auch sein.“

Vertrauen der Menschen gewinnt man eben nur durch die Einheit von Denken, Reden und Handeln und dem Wichtigsten – seine Überzeugungen leben.

Ich füge einen Ausspruch des französischen Philosophen Blaise aus dem 17. Jahrhundert hinzu: „Nichts gibt Sicherheit außer der Wahrheit.“

Keine Angst, ich werde daraus keinen Vergleich

zu einer aktuellen Person und seiner erschreckenden Selbstdemontage ableiten.

Aber es bleibt dabei, wir brauchen Vorbilder die uns deutlich vorleben was unser Land wirklich braucht, was den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördert, was dem Einzelnen Sicherheit und Geborgenheit gibt.

Ich wünsche mir, dass nicht mehr Egoismus, Anspruchsdenken und individuelles Vergnügen im Vordergrund stehen. Das deutlich wird, auch die Hinwendung zum anderen, die Fähigkeit um des Gemeinwohls willen auf persönliche Vorteile zu verzichten, ist etwas wert. Das Rücksichtnahme und Kooperationsbereitschaft ein erfüllteres, ein reicheres, ein glücklicheres Leben versprechen.

Was ist ein Badeurlaub in der Karibik im Vergleich zu dem Gefühl, das man erleben darf, wenn man eine Kinderhand schutzsuchend in der seinen spürt?

Ist ein teurer Sportwagen wirklich erstrebenswerter als die Anerkennung, die z.B. dem Kassenwart eines Sportvereins für ehrenamtliche, engagierte Tätigkeit zuteil wird?

Welche Bedeutung hat teuerste, mondänste Kleidung im Vergleich zu dem dankbaren Blick, den man erfährt, wenn man einem alten Menschen geholfen hat, etwas leichter mit seiner Einsamkeit fertig zu werden?

Bin ich ein Träumer? Sehe ich nicht den Zeitgeist in unserer Gesellschaft, der auf Egoismus, erst Ich, nochmals Ich und wieder Ich, der auf Anspruchsdenken und Selbsterwirklichung ausgerichtet ist?

Doch, aber ich bin und bleibe ein optimistischer Realist. Ich glaube an den immer spürbarer werdenden Wertewandel. Ich glaube die Zeit der „Ichlinge“ hat keine Zukunft mehr. Der Grund: die Menschen haben Zukunftsangst. Angst vor einer Gesellschaft ohne soziale Siche-

rung, ohne sicheres Einkommen, ohne sicheren Job und ohne sichere Rente.

Wenn Grundversorgung und gesicherte Existenz nicht mehr garantiert werden können, dann breiten sich prekäre Lebensverhältnisse aus. Die Zukunftsgewissheit schwindet; der Freiheitsgewinn schlägt in Sicherheitsverlust um.

Die Verfassung garantiert jedem Bürger Freiheit als Grundrecht. Doch in unsicheren Zeiten wird der Staat auch mehr Sicherheit „verbürgen“ müssen.

Nur mit mehr Sicherheit – auch mehr Freiheit! Das ist die neue Leitlinie vernünftiger Politik.

Die Bundesbürger erhoffen sich von der Politik mehr Verantwortung für ihr Wohlergehen. Eine Bürgschaft für soziale Sicherheit. Und das heißt: Arbeitsplatzsicherheit, Einkommenssicherheit, Geldwertsicherheit, Gesundheitssicherheit, Versorgungssicherheit.

Dies hat nichts mit maßlosen Sicherheitsansprüchen zu tun. Die Bürger bangen um ihre Existenz.

Nicht die Freiheit ist ein Opfer der Krise, sondern die Sicherheit. Ohne Sicherheit wird die Freiheit verloren gehen.

Selbst bei der jungen Generation ist in Zeiten der Unsicherheit ein grundlegender Einstellungswandel feststellbar.

Die Stiftung für Zukunftsfragen war selbst überrascht. Auf die Frage an Jüngere im Alter von 14 – 29 Jahren nach ihren Vorbildern, waren es nicht die Kurzzeithelden der Pop oder Erlebnisindustrie.

Nein, es waren Personen die Werte repräsentieren wie – Nächstenliebe, Toleranz und Zivilcourage, die für ein selbstbestimmtes Leben in Verbindung mit dem Einsatz für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft eingetreten

sind.

An vorderster Stelle stehen Legenden wie: Mutter Teresa, Martin Luther King, Mahatma Gandhi, John F. Kennedy, Albert Schweitzer – um nur einige zu nennen.

Wenn dies die Vorbilder der Jugend als Orientierung für die eigene Zukunft sind, macht das Mut.

Und den brauchen wir wenn wir an die konkreten Aufgaben und die Lösungen der vorhandenen Bedrohungen denken.

An erster Stelle nenne ich Europa. Ich bin ein glühender Verfechter von Europa. Europa verdanken wir mehr als 6 Jahrzehnte Frieden. Verdanken wir wirtschaftlichen Erfolg. Europa darf nicht an der Gier und Ideenlosigkeit von Banken, Versicherungen, Spekulanten und der Uneinigkeit der 27 Staaten scheitern.

Sicher, mit nahezu wöchentlichen Auftritten, mediengerecht inszeniert, versucht das Gespann „Merkozy“ mit risikoärmsten Trippelschritten die Finanzkrise zu bewältigen. Ihre Hauptforderung ist allerdings die Verringerung der Staatsausgaben.

Wenn Staaten sparen, schrumpfen die Volkswirtschaften, sinkt die Kaufkraft, erhöht sich die Arbeitslosigkeit, verarmen Mittel und Unterschichten, steigt das Risiko von Unzufriedenheit und Unruhen.

Wenn wir nur auf Sparen setzen, machen wir das Löschgerät zum Brandbeschleuniger.

Wir führen Europa aus dieser Krise nur durch ein seit langem von der SPD gefordertes Programm für Wachstum und Beschäftigung. Wir brauchen endlich die Bekämpfung der Spekulanten und ihrer oft dubiosen Finanztransaktionen durch eine Börsenumsatzsteuer.

Verbal vertritt dies auch die Kanzlerin. Prak-

tische Politik wird daraus nicht. Da sitzt Herr Rösler, der Vorsitzende jener Partei, die nach Meinung vieler nicht mehr gebraucht wird, aber auch Politiker der CDU/CSU, mit Erfolg im Bremserhäuschen. Bei wem liegt eigentlich die Richtlinienkompetenz?

Frau Merkel, die SPD im Bundestag, das Europaparlament mit seinem neuen wortgewaltigen Präsidenten Martin Schulz, steht zur Verfügung wenn aus Worten Taten werden sollen.

Im Laufe dieses Jahres spielen auch andere Themen eine gewichtige Rolle. Gelingt die Genehmigung des Haushaltes 2012 in NRW; wie gelingt mehr Chancengerechtigkeit in der Bildung; die Energiepolitik, eine ökologische Industriepolitik.

Dazu hier jedoch keine Details, sondern mehr zu einer weiteren enormen Herausforderung für das Zusammenleben in unserem Land – dem demographischen Wandel.

Seit Jahrzehnten konstant niedrige Geburtenraten und eine immer weiter steigende Lebenserwartung haben die Altersstruktur der Bevölkerung nachhaltig verändert. Der Anteil der älteren gegenüber den jüngeren Menschen wächst beständig, gleichzeitig „schrumpft Deutschland“. Es gibt immer weniger Nachgeborene. Zugespitzt heißt das: Aus fast 82 Millionen werden rd. 68 Millionen.

Dieser Trend lässt sich vielleicht beeinflussen, aber ihn aufhalten zu wollen, hieße einer Illusion anzuhängen. Die letzte Generation in Deutschland, die so viele Kinder bekam, dass damit die Zahl der Eltern bzw. das „Bestandserhaltungsniveau“ erreicht wurde, erblickte vor über 130 Jahren das Licht der Welt.

Es ist also notwendig, sich auf den Wandel, in dem wir uns seitdem befinden, realistisch einzustellen – anstatt Entwicklungen, die sich kurzfristig ohnehin nicht umkehren lassen, ausschließlich zu beklagen oder gar zu ignorieren.

Aber was sind die Aufgaben die uns der demographische Wandel im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme, auf die Gestaltung der Lebensbedingungen älterer Menschen vor Ort, für den Umbau von Wohnungen, auf die Arbeit der Wohlfahrtsverbände und und hat?

Ist demographischer Wandel nur Krise für die sozialen Sicherungssysteme? Entsprechen die Bilder, die Alter meistens mit Krankheit und Gebrechen in Verbindung bringen der Realität?

Blickt man in die einschlägigen Zeitschriften: Treppenlifte hier, Badewannenlifte dort, Elektrorollstühle usw., könnte man es glauben.

Demographischer Wandel zeigt sich auch anders. Die Zahl der Menschen jenseits der Lebensmitte mit Lebenserfahrung und Wissen, mit hoher sozialer Kompetenz, Kreativität und Innovationskraft, die der Gesellschaft etwas geben können steigt. Damit steigen auch die Chancen!

Man denke nur an Helmut Schmidt oder Vogel.

In anderen Staaten, hatte und hat gerade der ältere Mensch eine besondere Funktion. Er gilt als weiser Ratgeber, seine Einsichten machen ihn zu einem beachteten Lehrer, er heilt und richtet. Die Älteren werden geachtet und verehrt.

In einem afrikanischen Sprichwort wird dies besonders deutlich. Es lautet: „Wenn ein alter Mensch stirbt, dann ist es, als ob eine ganze Bibliothek verbrennt“.

Nur, wohlfeile Worte und Erkenntnisse aus anderen Gesellschaften ändern nicht unsere Gesellschaft.

Dies erreichen wir nur mit notwendigen Änderungen. Dies gilt vor allem für das Thema, das bei den Menschen die größten Befürchtungen auslöst. Die zunehmende Altersarmut.

Diese ist heute kein Problem aller Rentner. Aber

Deutschlands Rentner leben in zwei Welten. Die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich findet auch in der Generation der Älteren statt.

Da beobachten wir die gutgekleidete ältere Dame. Vom besten Friseur der Stadt führt ihr Weg ins Reisebüro. Nach der Buchung der Luxusreise geht es schnellen Schrittes ins Restaurant. Auch hier spielt der Preis keine Rolle.

Sie gehört zu der Gruppe am oberen Rand. Verfügt über das HaushaltsEinkommen eines gut situierten, beidseitig bis vor kurzem erwerbstätigen AkademikerEhepaares. Hat zwei Kinder, zudem eine hohe Erbschaft angetreten und lebt im eigenen Haus.

Aber da gibt es mehr und mehr Ältere auf der Schattenseite des Lebens. Die Schlangen vor den Ausgabestellen der „Tafel“ werden immer länger.

Meine Freunde aus den Beratungsstellen von VdK, SoVD, AWO berichten vermehrt auch von denen die in Not sind, die um Rat und Hilfe bitten.

Und das nicht nur in den Städten des Ruhrgebietes.

Die gleichen Erfahrungen machen auch sie in Emsdetten und den umliegenden Gemeinden. Dies höre ich von ihrer Landtagsabgeordneten Elisabeth Veldhues, der Bundestagsabgeordneten Ingrid ArndtBrauer und auch von ihrem langjährigen Abgeordneten Reinhold Hemker.

Sie berichten aber auch mit welchem Engagement und Einsatz von der Caritas, dem Diakonischen Werk, der Arbeiterwohlfahrt, dem VdK, dem DPWV Hilfe geleistet und Not gemildert wird. Ohne diese Initiativen, ohne ehrenamtlichen Einsatz, würde uns die soziale Kälte erstarren lassen.

Da sitzt z. B. in den Beratungsstellen, hier oder anderswo, ein knapp über 60jähriger. Soeben hat er seinen Rentenbescheid erhalten. Etwas mehr als 700,00 € für sich und seine Frau. Der

Weg in Hartz IV ist ihnen gewiss.

Und niemand glaube das sei ein Ausnahmefall.
Einige Zahlen:

Die durchschnittlichen Zahlbeträge der Neurentner 2010:

wegen verminderter Erwerbsfähigkeit: Männer: 639,00 €, Frauen: 562,00 €.

Renten wegen Alters bei den Männern: 857,00€, bei den Frauen 479,00 €.

Und niemand glaube dies sei eine Sonderentwicklung für das Jahr 2010. Nein, im Gegenteil dies ist so und wird auch in den nächsten Jahren so sein.

Ein Blick auf den Arbeitsmarkt macht das deutlich. Mit großer Freude wird auf eine noch nie so hohe Zahl von Erwerbstätigen verwiesen – rd. 41 Millionen.

Davon arbeiten aber 10 Millionen Menschen in sogenannten atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Rd. 5 Millionen in Teilzeit, 2,8 Millionen sind befristet Beschäftigte, 2,6 Millionen geringfügig Beschäftigte, 750 Tausend Zeitarbeiter. Dazu gehören noch 2,2 Millionen Solo-selbstständige.

Und wenn man dann noch weiß – 1,2 Millionen haben lediglich einen Stundenlohn unter 5,00 €, Etwa 6 Millionen Männer und Frauen unter 8,50 €. Dann wird einem schnell klar – deren „Hungerlöhne“ sind die „Armutsrenten“ von morgen.

Wer also Altersarmut wirklich vermeiden will, muss als erstes auf dem Arbeitsmarkt für bessere Verhältnisse sorgen. Dabei steht die flächen-deckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € ganz oben.

Es muss endlich Schluss sein mit der Einstellung – im globalen Wettbewerb gibt es wirtschaftlichen Erfolg nur mit MiniLöhnen. Nicht MiniLöhne, sondern Mindestlöhne sind das Gebot der Stunde.

In diesem Zusammenhang ein Zitat:

„Unternehmen, deren Existenz lediglich davon abhängt, ihren Beschäftigten weniger als einen zum Leben ausreichenden Lohn zu zahlen, sollen in diesem Land kein Recht mehr haben, weiter ihre Geschäfte zu betreiben.“

(USPräsident Franklin D. Roosevelt, 1933)

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Leider werden von der politischen Konkurrenz zur Vermeidung von Altersarmut jedoch nur vordergründige Scheinlösungen vorgeschlagen. Plakative Botschaften, die Schlagzeilen in den Medien erwarten lassen. Die nach Art des »RumpelstilzchenEffekts« den Eindruck erwecken, mit dem Ausspruch des Zauberwortes, z. B. Zuschussrente, sei auch das ganze Problem gelöst.

Augenwischerei ist nicht unser Ding. Die SPD will nicht bloß reparieren wenn das Kind schon im Brunnen liegt. Wir wollen die Ursachen für Altersarmut angehen.

Auf dem Bundesparteitag Anfang Dezember haben wir praktikable, sofort umsetzbare und finanzierbare Lösungen aufgezeigt. Wir haben gleichzeitig deutlich gemacht, dass nicht nur Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt erfolgen müssen, sondern auch im Rentensystem selbst.

Vor nun 10 Jahren haben wir das Prinzip der Lebensstandardsicherung durch die gesetzliche Rentenversicherung aufgegeben. Das Rentenniveau wird Stück für Stück um 25 % gesenkt.

Die dadurch entstehende Lücke soll durch private kapitalgedeckte Vorsorge geschlossen werden. Hierfür müssten in Zukunft die Arbeitnehmer neben ihrem Beitrag von 11 % in die gesetzliche Rentenversicherung weitere 4 % für die Riesterrente aufbringen. Also insgesamt 15 %.

Dies schafft aber nicht jeder. Nur 14,7 % der Arbeitnehmer im unteren Fünftel der Einkommen „riestern“.

Kein Wunder – die alleinerziehende Mutter, der Minijobber, können von ihrem Hungerlohn auch nicht einen Euro abzweigen.

Wie schaffen wir es das unser Rentensystem diese Menschen vor Altersarmut schützt?

Wie sagte doch Walter Riester damals: „Jede Rentnerin und jeder Rentner wird jetzt und in Zukunft mehr Rente erhalten als nach altem Recht“.

Die Bilanz nach 10 Jahren zeigt – dies ist leider nicht so!

Wir alle können die vorgebrachte Argumentation zur Notwendigkeit der Reform vorbeten. „Vor 20 Jahren finanzierten vier Jüngere einen Rentner – demnächst einer einen Rentner“.

Ja, das Zahlenverhältnis verschiebt sich und bleibt nicht ohne Folgen. Aber für Renten, wie für alle anderen Sozialleistungen gilt, sie werden aus dem erwirtschafteten Volkseinkommen des jeweiligen Jahres finanziert.

Und dies wächst trotz Krisen und der demographischen Veränderungen. Nicht zuletzt weil die Produktivität steigt.

Die Produktivitätssteigerungen erlaubten es und erlauben es auch in Zukunft, nicht nur die Rentner gut auszustatten sondern auch die Steigerung der Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies trotz erwarteter Preissteigerungen und höheren Sozialbeiträgen.

Voraussetzung ist allerdings, die Produktivitätssteigerungen landen auch bei den Arbeitnehmern. Derzeit sehen wir jedoch eine Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer und zu Gunsten der Unternehmer. Niedrigst-Löhne führen dann systembedingt zu Löchern in den sozialen Systemen.

Bei der Finanzierung der Renten ist also das Hauptproblem nicht die demographische Entwicklung, sondern viel mehr die Ungleichverteilung des produzierten Reichtums.

Zahlen der ungerechten Verteilung: Die Nettolöhne steigen kaum, das Geldvermögen der privaten Haushalte hat sich in 14 Jahren mehr als verdoppelt, von 2,1 Billionen € auf 4,5 Billionen €. 61,1 % dieses Vermögens liegen in der Hand von 10% der Haushalte. 1 % der Haushalte besitzen etwa 23 % des gesamten Vermögens.

Der Wohlstandskuchen ist also groß genug. Sorgen wir dafür dass Junge, Erwerbstätige und Alte ein großes Stück davon bekommen. Klopfen wir denen auf die Finger die sich vorher unberechtigt ein Stück davon abschneiden wollen.

Insgesamt wird deutlich, um auf den Anfang zurückzukommen – nicht die Alten plündern die Jungen aus, es geht nicht um Jung gegen Alt. Es geht um die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Arm und Reich.

Dies darf so nicht bleiben.

Auf unserem Bundesparteitag haben wir dazu Beschlüsse gefasst, die das ändern, wenn wir 2013 Regierungsverantwortung übernehmen.

Durch Vermögens und Erbschaftssteuer wollen wir die wirklich Reichen an der Finanzierung von Aufgaben beteiligen, die unerlässlich für den sozialen Frieden in unserem Land sind.

Wir haben in der gesetzlichen Rentenversicherung erste Weichenstellungen vorgeschlagen. Die gesetzliche Rente soll wieder die tragende Säule für die Sicherung eines ausreichenden Lebensstandards und vor allem Schutz vor Altersarmut sein.

Wir setzen die Rente mit 67 aus, wir erhöhen die Anrechnungszeit in der Erwerbsminderung und schaffen gleichzeitig die Abschläge ab. Es gibt quasi eine Mindestrente durch die Rente nach Mindestentgeltpunkten, die Verbesserung der Teilrente verbunden mit einem Rechtsanspruch auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz usw.

Eine Kommission wird nun bis Mitte dieses Jahres die Diskussion um unser Alterssicherungs-

system fortsetzen. Vorschläge vorlegen für ein System, das ein ausreichendes Sicherungsniveau mit einer tragfähigen und nachhaltigen Finanzierung verbindet. Ein Rentensystem, das den Menschen wieder Vertrauen und langfristige Sicherheit gibt.

Das Zusammenwirken von Jung und Alt, von jugendlicher Dynamik und dem Wissen und der Erfahrung der älteren, hat diese zukunftsweisenden Beschlüsse zuwege gebracht.

Dieser innerparteiliche Erfolg zeigt, dass die alte Volkswisheit immer noch für die Zusammenarbeit von Jung und Alt Gültigkeit hat: Neue Besen kehren gut – aber die alten wissen, wo der Dreck liegt!

Wir wollen weiterhin mit der gesamten Partei für eine Gesellschaft kämpfen, die soziale Heimat für alle Generationen ist. In der alle in Würde am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Für eine Gesellschaft, in der Respekt und Solidarität unser Zusammenleben prägt, in der es einfach gesagt – menschlich zugeht.

Für eine Gesellschaft in der sich der Einzelne darauf verlassen kann, in der Not, bei existenziellen Risiken, steht Niemand allein, weil jeder Mensch, weil die Gesellschaft, für den anderen einsteht. Aber auch jeder weiß, dies setzt voraus, dass man selbst das leistet und in die Gesellschaft einbringt, was man kann.

Dies ist gelebte Solidarität – das Fundament der friedfertigen Gesellschaft.

Eine friedfertige Gesellschaft ist für uns eine Gesellschaft, in der jeder frei von Furcht vor Kriminalität, vor sozialem Absturz, vor Arbeitslosigkeit, Ausschluss von Bildung oder Benachteiligung leben kann.

Eine friedfertige Gesellschaft muss aber auch eine wehrhafte Gesellschaft sein. In ihr haben

Radikalismus und Fundamentalismus, egal aus welchen Motiven, besonders aber aus der braunen Ecke, keinen Platz.

Deshalb: Keine Toleranz der Intoleranz!

Lasst uns alle für diese friedfertige Gesellschaft kämpfen, denn nur eine friedfertige Gesellschaft kann gerecht sein und nur eine gerechte Gesellschaft kann auf Dauer friedlich bleiben.

In diesem Sinn – Glück auf für das Jahr 2012.